

153 000 Studierende an Schweizer Hochschulen

Bildungspolitische Kurzinformationen

Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)

Die EDK fordert eine Neuauflage des Sprachengesetzes. Bei der nachobligatorischen Bildung trage auch der Bund Verantwortung. Mit dem Sprachengesetz soll ein nationales Kompetenzzentrum für Mehrsprachigkeit ins Leben gerufen werden. Dieses sei zentral für die Weiterentwicklung des Sprachenlernens.

Statistik

Im Wintersemester 2003/2004 waren an den Schweizer Hochschulen 153 000 Studierende eingeschrieben: 109 000 (+4,4 Prozent) an den Universitäten, 44 000 (+15 Prozent) an den Fachhochschulen.

Hochschulförderung, -planung

Das Tessiner Kantonsparlament genehmigt einen Kredit in der Höhe von insgesamt 21,5 Mio. Franken für den Ausbau von Universität und Fachhochschule der italienischen Schweiz. Rund 9 Mio. sind bestimmt zum Kauf eines Geländes für den Campus von Uni und Fachhochschule.

Zulassungsbeschränkung

Für das neu konzipierte Studium der Sportwissenschaften an der Universität Basel hat die Regierung einen Numerus Clausus erlassen. Im ersten Jahr werden lediglich 80 Studierende zugelassen.

Universitäten

St. Gallen

Das St. Galler Kantonsparlament bewilligt 24 Millionen Franken für die Vergrößerung des Weiterbildungszentrums.

Zürich

Um ihr Forschungspotenzial besser ausschöpfen zu können, plant die Universität den Aufbau von Kompetenzzentren. Jährlich sollen 20 Millionen Franken in die Forschungsschwerpunkte Ethik, Finance and Financial Markets, Menschliches Sozialverhalten, Integrative Humanphysiologie und Systembiologie fließen. Hinzu kommen noch ein bis zwei Schwerpunkte aus dem Bereich Sozial- und Geisteswissenschaften.

*

Ab dem Wintersemester 2004/05 bietet die Universität als erste Hochschule der Schweiz einen Studiengang in Wirtschaftskemie an.

Forschung

Der Schweizerische Nationalfonds (SNF) hat im vergangenen Jahr 420 Millionen Franken für die Förderung der Forschung ausgegeben. Drei Viertel der Finanzhilfen gingen an Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter 35 Jahren. 80 Prozent der verteilten Gelder gingen in die Bereiche Biologie und Medizin, Mathematik, Natur- und Ingenieurwissenschaften. Ein Fünftel entfiel auf die Geistes- und Sozialwissenschaften.

Fachbereiche

Medizin

Die Regierungen der Kantone Bern und Basel-Stadt, die Universitäten Basel und Bern sowie die Inselspital-Stiftung Bern prüfen eine Zusammenarbeit in der Human- und in der Zahnmedizin im Bereich Lehre, Forschung und Dienstleistung. Die Fakultäten und Spitäler sollen ihre Eigenständigkeit behalten.

Fachhochschulen

Bund und Kantone wollen bei den Fachhochschulen bis 2007 total 450 Millionen Franken sparen, indem die Studiengebühren bis 300 Franken erhöht und Subventionen für Zusatzangebote gestrichen werden. Damit sollen Mehrkosten für Forschung und Bologna-Reform aufgefangen werden.

*

Die Regierungen der Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn eröffnen die Vernehmlassung zum Staatsvertrag über die gemeinsame Fachhochschule Nordwestschweiz mit den Fachbereichen Technik, Bau, Wirtschaft, Gestaltung und Kunst, Soziale Arbeit, Pädagogik und Musik. Die Kooperation soll in eine «Vollfusion» münden. Damit ist das von Solothurn bevorzugte Modell mit drei Teilschulen vom Tisch. Der Kanton Solothurn behält

sich vor, seine Pädagogik allenfalls erst später oder gar nicht einzubringen.

*

Die 15 Tragerkantone der Hochschule Wädenswil wollen die Schule vollständig in die Zürcher Fachhochschule eingliedern und somit unter die Aufsicht des Kantons Zürich stellen. Das Konkordat, zudem auch das Fürstentum Liechtenstein gehört, wird als eigenständige Trägerschaft aufgelöst.

Pädagogische Hochschulen

Die Pädagogische Hochschule in Zürich bildet mehr Lehrer aus, als benötigt werden. Das Rektorat plant deshalb, die Aufnahmebedingungen zu verschärfen, da sich die Idee einer Zulassungsbeschränkung noch nicht durchgesetzt hat.

Mittelschulen

Zürich

Der Zürcher Regierungsrat verlängert den fünfjährigen Versuchsbetrieb der Informatik-Mittelschule (IMS) um weitere drei Jahre. Er will erst im Jahre 2007 über die definitive Einführung der neuen Ausbildung entscheiden.

Volksschulen

Der Zürcher Regierungsrat tritt nicht auf den Rekurs gegen die Abschaffung von Biblischer Geschichte als obligatorisches Unterrichtsfach ein. Entscheide des Bildungsrates können nur durch Bundesgerichtsentscheid oder Volksinitiative korrigiert werden. Eine entsprechende Initiative wurde lanciert.

*

Im Kanton Uri wird Italienisch bis 2008 gestaffelt als erste Fremdsprache durch Englisch abgelöst und wird ab dem 5. Schuljahr (Vorverlegung von Französisch) nur noch als Wahlfach unterrichtet werden.

*

Nachdem der Zürcher Bildungsrat Biblische Geschichte aus Spargründen zum Freifach erklärt hat, plant er nun ein neues obligatorisches Fach

fur Religionskunde. Damit soll der Unterricht seine christliche Prägung verlieren und thematisch breiter werden.

*

Der Zurcher Bildungsrat genehmigt ein Pilotprojekt «Schule ohne Lehrer» am Langzeitgymnasium in Wetzikon ZH. Schuler dreier Klassen werden wahrend eines Semesters in fünf Fachern nicht nach Stundenplan, sondern individuell oder in Gruppen nach vorgegebenen Lernzielen arbeiten. Das Projekt sei aus der Not des Spardrucks an Mittelschulen geboren worden.

*

Im Kanton Zurich wird innert vier Monaten die funfte Bildungsinitiative lanciert. Sie wendet sich gegen den Kantonsratbeschluss, die Grosse der Volksschulklassen schrittweise auf 21,5 Schuler in der Primarschule und auf 19,1 Schuler in der Oberstufe zu erhoehen. Die Initiative will die durchschnittliche Klassengrosse auf das Niveau vor der Sparmassnahme senken (18,2 resp. 16, 5).

*

Um die Sprachfertigkeit zu erhoehen und «sprachraumliche Differenzen» besser zu uberbrucken, wird im Kanton Thurgau Hochdeutsch zur allgemeinen Unterrichtssprache erklart. Schon im Kindergarten sollen die Lehrkrafte Schriftdeutsch sprechen.

*

Das St.Galler Erziehungsdepartement halt am Klassenlehrersystem auch bei kleinen Schulerzahlen fest und lehnt die Weiterfuehrung eines im Jahre 2001 bewilligten Versuches mit Fachlehrern ab, mit dem ein System mit eineinhalb Klassen verhindert werden konnte. Das Verwaltungsgericht wies den Rekurs der betroffenen Gemeinde ab, die sich auf die positive Erfahrung der Lehrer, Schuler und Eltern berief.

*

Die Evangelisch-reformierte Kirchensynode des Kantons Zurich stimmt einem neuen religionspädagogischen Gesamtkonzept zu. Danach soll der konfessionelle Religionsunterricht fur Primarschulkinder ausgebaut werden.

Berufsbildung

Die Ausbildung in Physiotherapie und Ergotherapie wird gemass Beschluss der Konferenz der Schweizer Gesundheitsdirektoren auf Fachhochschulniveau gehoben. Zudem sollen auch in der Deutschschweiz und im Tessin Fachhochschulstudiengänge in Pflege angeboten werden.

*

Die Kantone wollen ihre Gesetze bei der Berufsbildung in Einklang bringen. Ziele dabei sind Ausbildungsmobilitat, gemeinsame Qualitätskriterien und ein optimiertes Angebot. Die Harmonisierung erfolgt im Rahmen des neuen Berufsbildungsgesetzes.

Ausbildungsfinanzierung

Der bernische Grosse Rat stimmt dem neuen Gesetz über die Ausbildungsbeiträge zu, das eine Einschränkung von Stipendien mit sich bringt.

Erwachsenenbildung

Der Bund kurzt seine Beiträge an Verbände der Erwachsenenbildung von 1,5 Millionen Franken auf 800 000 Franken im Jahre 2005 und 700 000 Franken im Jahre 2006. Statt sieben Dachverbände werden dann nur noch zwei Subventionen erhalten, nämlich der Schweizerische Verband für Weiterbildung und der Verein Lesen und Schreiben für Erwachsene. Sowohl der Verband der Volkshochschulen wie auch die Katholische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung gehen leer aus.

Verbände, Organisationen, Institutionen

Der Verband der Fachhochschul-Dozenten Schweiz fordert bessere Anstellungsbedingungen, um den Leistungsauftrag im Bereich Forschung und Entwicklung erfüllen zu können. Zudem müsse das Mitspracherecht der Dozenten verbessert werden.

*

Der Dachverband der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer zeigt sich besorgt über die krasse Untervertretung der männlichen Lehrkräfte vor allem auf den Unterstufen und fordert die Bildungsverantwortlichen der Kantone zum Handeln auf.

*

Die Schaffung eines einheitlichen Systems von Studiengebühren, Stipendien und Darlehen auf nationaler Ebene bis 2008 fordert der Verband der Schweizerischen Hochschulstudierenden. Er lehnt eine massive Erhöhung der Studiengebühren ab.

Verschiedenes

Das Bundesgericht halt dafür, dass Erhöhungen von Studiengebühren auf eine solide rechtliche

Basis in einem formellen Gesetz abgestützt werden sollen.

*

Im Kanton Zurich wurde eine Volksinitiative zur Weiterfuehrung der Hauswirtschaftskurse an kantonalen Mittelschulen «Ja zur Husi» lanciert. Diese Kurse wurden im Rahmen von Sparmassnahmen 2004 ersatzlos gestrichen.

*

Bund und Kantone sollen gemeinsam für hohe Qualität und Durchlässigkeit im «Bildungsraum Schweiz» sorgen. Der Bund soll Vorschriften zur Harmonisierung der kantonalen Systeme erlassen. Eine Nationalratskommission schickt eine entsprechende neue Verfassungsbestimmung in die Vernehmlassung. Die Erziehungsdirektoren unterstützen das Vorhaben nur, wenn die Kooperation explizit Vorrang hat.

*

Bei den Studierenden an den Hochschulen Unternehmergeist und Mut zum Risiko zu wecken, ist das Ziel eines Ausbildungs- und Trainingsprogramms, das das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) lanciert hat. Das mit 16 Mio. Franken für 4 Jahre dotierte Programm soll jährlich 1500 Studierende fürs Unternehmertum sensibilisieren und 500 Jungunternehmerinnen und -unternehmer in der Unternehmungsfuehrung schulen.

Volkentscheide

In Obwalden ist das neue Bildungsgesetz mit 5340 Nein- zu 5269 Ja-Stimmen knapp abgelehnt worden. Kritisiert wurde die Vorlage aus Kostengründen wegen des zweiten Kindergartenjahres und der Möglichkeit, schulergänzende Tagesstrukturen einzufuehren.

*

Nach zwei Nein in den vergangenen 14 Jahren stimmen die Stadtluzerner einem dreijährigen Versuch einer öffentlichen freiwilligen Tageschule zu.

Publikationen

Wer schlägt welche nachobligatorischen Ausbildungswege ein, mit welchem Erfolg und mit welchen Schwierigkeiten? Das Bundesamt für Statistik publiziert unter dem Titel «Wege in die nachobligatorische Ausbildung («Parcours vers les formations postobligatoires») erstmals in der Schweiz representative Antworten zu diesen Fragen.

Walter E. Laetsch
Abgeschlossen: 1. Juli 2004